

Dringlichste Aufgabe der UNO: Verhinderung eines Kernwaffenkrieges

HORST SINDERMANN,

Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und Präsident der Volkskammer der DDR

Der nachstehende Beitrag ist ein Auszug aus der Festrede, die Horst Sindermann am 24. Oktober 1983 in einer Veranstaltung des Präsidiums der Liga für die Vereinten Nationen in der DDR aus Anlaß des Tages der Organisation der Vereinten Nationen und der Internationalen Woche zur Förderung der Abrüstung gehalten hat. D.Red.

Die Deutsche Demokratische Republik ist seit nunmehr 10 Jahren Mitglied der Vereinten Nationen. Den hohen Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen haben wir uns stets verpflichtet gefühlt, weil sie unseren ureigenen Prinzipien einer sozialistischen, friedliebenden Staatspolitik entsprechen.

Die Vereinten Nationen wurden im Ergebnis des Sieges der Anti-Hitler-Koalition über den bis dahin blutigsten und grausamsten Krieg des deutschen Imperialismus gegründet. Die 51 Staaten, die im Oktober 1945 die Gründung der UNO als umfassendste internationale Organisation zum Zwecke der Zusammenarbeit der Staaten bei der Sicherung des Friedens beschlossen, hatten die Lehren aus der Geschichte eines Krieges gezogen, der die Menschheit mehr als 50 Millionen Tote und über 100 Millionen Kriegsinvaliden gekostet hatte.

Die Prinzipien der UN-Charta griffen damals weit über die Maßnahmen zur Beendigung des hitlerfaschistischen Krieges und der japanischen militärischen Expansion hinaus und wurden allgemeingültige Regeln des Völkerrechts, die heute und fortan ihre Gültigkeit besitzen:

1. die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens,
2. die Entfaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen auf der Grundlage der Achtung der Prinzipien der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker,
3. die internationale Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme ökonomischer, gesellschaftlicher, kultureller oder humanitärer Natur.

In der UN-Charta verpflichten sich die Mitglieder der Vereinten Nationen zur gegenseitigen Achtung der Gleichheit und der Souveränität, zur friedlichen Regelung auftretender internationaler Streitigkeiten, zum Verzicht auf die Vorbereitung, Androhung oder Anwendung von Aggressionshandlungen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten.

Das sind keine überholten, sondern höchst aktuelle Prinzipien eines allgemeinverbindlichen Völkerrechts. Die UN-Charta ist ein grundlegendes Dokument der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnungen und für das Zusammenleben aller Staaten. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Vor 10 Jahren wurde die DDR als souveräner und unabhängiger sozialistischer Staat Mitglied der Vereinten Nationen. Wir können sagen, daß damit auch die Prinzipien der UN-Charta gestärkt wurden. Das hängt mit dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Krieg, Militarismus und Faschismus zusammen.

Auf der Tagung des Staatsrates der DDR am 12. September 1983 sagte dessen Vorsitzender, der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker: „Seit ihrer Geburtsstunde hat sich die DDR als erster sozialistischer deutscher Staat der Maxime verpflichtet, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Von diesem unerschütterlichen Grundsatz ist ihre aktive sozialistische Friedenspolitik an der äußerst sensiblen Trennlinie der beiden mächtigsten Militärkoalitionen in der Geschichte bestimmt.“¹

Der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat steht damit in der Tradition der Ideale der deutschen Arbeiterbewegung über Generationen hinweg und hat sie zur Staatsdoktrin und zum Verfassungsgrundsatz erhoben.

In der gegenwärtigen Situation einer erhöhten Kriegsgefahr wächst die Verantwortung der Vereinten Nationen. Ihre dringlichste Aufgabe der Gegenwart ist es, alle Anstrengungen der friedliebenden Staaten zu vereinen, alle friedensfördernden Potenzen und Reserven zu mobilisieren, um die Kriegsgefahr abzuwenden und von den Völkern das Gespenst eines atomaren Konflikts zu nehmen. Aber noch stärker als in den vergangenen Jahrzehnten der Existenz der Vereinten Nationen wird heute der Konfrontationskurs in diese Organisation getragen, die zum Zwecke der Zusammenarbeit der Staaten bei der Sicherung des Friedens gegründet wurde. Nur in einer entspannten internationalen Situation, die von Dialog und Vertrauen gekennzeichnet ist, wird fruchtbare Zusammenarbeit mit allen Staaten möglich, kann es gute Nachbarschaft zum Wohle der Völker geben.

Es ist nicht zu übersehen, daß es auch mit vielen Gesprächspartnern, die zu uns aus westlichen Ländern kommen, trotz politisch unterschiedlicher und sogar gegensätzlicher Standpunkte eine bemerkenswerte Übereinstimmung in der Sorge um Frieden, Sicherheit und die Zukunft Europas gibt. Das bietet die Chance, gemeinsam der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen und die drohenden Gefahren abzuwenden. Dazu bedarf es praktischer Maßnahmen gegen die materielle Kriegsvorbereitung.

Alle sollten sich darüber im klaren sein, daß die sozialistischen Staaten niemals ein militärisches Übergewicht der anderen Seite hinnehmen werden. Die der Stationierung atomarer Erstschlagswaffen in Westeuropa das Wort reden, nehmen eine Verantwortung auf sich, der sie gar nicht gewachsen sind, denn sie haben kein Recht, mit dem Leben der Menschen auf unserem Kontinent zu spielen.

Beteuerung der Friedensliebe allein genügt nicht, um aus der Sackgasse der Konfrontation herauszukommen und die Rüstungsspirale zurückzudrehen. Heute ist die wichtigste Maßnahme zur Sicherung des Friedens die Abrüstung, vor allem der atomaren Waffen und ihrer Trägersysteme. Deswegen steht die DDR in der ersten Reihe derer, die die UNO-Initiative zur Abrüstung unterstützen.

Die Welt konnte in den letzten Jahren eine wirkliche Offensive zur Friederissicherung erleben, die von der UdSSR ausging.

Schon 1979, vor dem Atomraketenbeschluß, erklärte sich die Sowjetunion bereit, ihr Mittelstreckenpotential in Europa zu reduzieren, um Verhandlungen den Weg zu öffnen. Es folgte der sog. NATO-Doppeltöschluß zur Anheizung des atomaren Wettrüstens.

1981 unterbreitete die UdSSR den Vorschlag, die Mittelstreckenwaffen beider Seiten auf 600, danach auf 300 und schließlich auf Null zu reduzieren. Das Argument der Gegenseite, man müsse in Westeuropa erst so viel stationieren, um sie abbauen zu können, war eines der törichtsten.

1981 gab die UdSSR ihr einseitiges Moratorium bekannt. Im selben Jahr machte sie den Vorschlag, die sowjetischen Mittelstreckenraketen auf die Zahl der britischen und französischen zu reduzieren, nämlich auf 162. Die Mittelstreckenkombi beider Seiten sollten auf je 138 reduziert werden.

Vergessen wir nicht die Vorschläge der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, mit den NATO-Ländern einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen.

Die Frage, woher Abrüstungsinitiativen kommen, ist wirklich nicht schwer zu beantworten, denn das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit der Seiten wird von der Sowjetunion und ihren Verbündeten verteidigt.

Die humanistische, weitsichtige Position der Sowjetunion, brachte der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU